

Per E-Mail an: [\(\(E-Mail\)\)](#)

Anschrift
Adresse
PLZ Ort

Zug, 26. Februar 2025

Stellungnahme zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Jungsozialisten (JUSO)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Zuger Wirtschaftskammer lehnt die JUSO-Initiative in aller Klarheit ab und legt ihre Position im Folgenden dar:

1. Eine Enteignungs-Initiative für Klimazwecke

Die Jungsozialisten (JUSO) wollen eine neue Erbschaftssteuer auf Bundesebene. Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine Steuer von 50 Prozent auf Nachlässen und Schenkungen, die einen Freibetrag von 50 Millionen Franken übersteigen. Ihr Ziel ist klar: Reiche enteignen. Die Initianten rechnen mit Milliardeneinnahmen, die für den ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft eingesetzt werden sollen. Eine konkrete Mittelverwendung enthält die Initiative nicht, dafür wird die Nachlasssteuer umso klarer geregelt. Verlangt wird eine «lückenlose Besteuerung» ohne Ausnahmen für Familienunternehmen.

2. Familienunternehmen werden zerschlagen

Eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ohne Ausnahmen belastet insbesondere mittlere und grosse Schweizer Familienunternehmen schwer. Geht ein Familienunternehmen an die nächste Generation über, erbt diese kein millionenschweres Bankkonto, sondern das Vermögen ist grösstenteils im Unternehmen gebunden und wird in Form von Unternehmensanteilen vererbt. Damit die Erben die von der JUSO geforderte Steuern überhaupt abliefern könnten, müssten sie Bargeld haben: Das heisst sie müssten die Unternehmensanteile zu einem grossen Teil oder sogar vollständig verkaufen. In der Schweiz gibt es nur begrenzt Investoren, die so viele Aktien kaufen können. Die Familienunternehmen dürften deshalb weitgehend in die Hände ausländischer Investoren übergehen, die in der Regel eine kurzfristigere Perspektive haben und hauptsächlich schnelle Gewinne machen wollen. Familienunternehmerinnen und -unternehmer, die den Fokus viel stärker auf eine langfristige Perspektive legen, würden verdrängt.

Damit zerstört die JUSO-Initiative mutwillig einen traditionell wichtigen Erfolgsfaktor der schweizerischen Volkswirtschaft: Mit Annahme der Initiative hätte das Modell des grossen, inhabergeführten Unternehmens in der Schweiz keine Zukunft mehr.

3. Gute Steuerzahler gehen, der Mittelstand bezahlt die Ausfälle

Von der Initiative betroffen sind jene Personen, die schon heute sehr hohe Steuern an Bund, Kantone und Gemeinden bezahlen. Bei einer Steuerbelastung von 50 Prozent (zusätzlich zu allen bereits bestehenden Steuern) dürften viele dieser Personen die Schweiz verlassen. Der Fall Norwegen ist ein Anschauungsbeispiel, wie überhöhte Steuern einer linken Regierung zur Abwanderung von Unternehmerinnen und Unternehmern führen. Werden die besten Steuerzahler vertrieben, so resultieren nicht etwa à la JUSO Milliardeneinnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, sondern im Gegenteil massive Steuerausfälle.

Man braucht kein Wahrsager zu sein, um zu erkennen, dass diese dann klar zulasten von Staat und Gesellschaft gehen. Denn Fakt ist: Das eine Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen bezahlt heute mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Das führt jährlich zu Steuereinnahmen von über 5 Milliarden Franken. Bei den kantonalen Vermögenssteuern stammen schweizweit über 53 Prozent der Erträge von einem Prozent der vermögendsten Personen. Das sind fast 5 Milliarden Franken jährlich. Gibt es in diesem Bereich nur wenige Wegzüge, werden Bund sowie Kantone und Gemeinden empfindliche finanzielle Einbussen verzeichnen. Will man alle Staatsleistungen erhalten, muss der Mittelstand in die Bresche springen und deutlich mehr Steuern bezahlen.

4. Geforderte Massnahmen gegen Wegzüge entlarven die JUSO

Die Initianten wissen genau, dass ihre Forderungen übertrieben sind und für die Betroffenen katastrophale Auswirkungen haben. Damit es nicht zu Fluchtbewegungen kommt, verlangt die Initiative neue Hürden und Schranken gegen den Wegzug vermögender Personen, und zwar «rückwirkend» auf den Abstimmungssonntag. Die JUSO selbst anerkennt damit das Risiko von Wegzügen guter Steuerzahler. Die Forderung nach Wegzugssteuern oder ähnlicher Massnahmen sind der beste Beweis dafür, dass die Initiative höchst schädlich ist. Doch wie der Bundesrat bereits früh klargestellt hat, lassen sich Wohnsitzverlegungen auch nach der Abstimmung rechtsstaatlich nicht verhindern. Eine Wegzugssteuer kommt für den Bundesrat nicht in Frage.

5. Sozialistische Staatswirtschaft statt effizienter Klimaschutz

Die Initianten wollen einen radikalen Systemwechsel und streben einen «Umbau der Gesamtwirtschaft» zugunsten einer «ökologischen Gesellschaft» an. Die grossen Schweizer Familienunternehmen müssen deshalb nach JUSO-Vorstellungen zur Finanzierung dieses Umbaus zerstört werden. Diese Initiative ist extrem und steht damit exemplarisch für die JUSO. Über den Weg der Enteignung verfolgt sie einen radikalen Systemwechsel in Wirtschaft und Gesellschaft. Ziel ist das Ende der freiheitlichen Ordnung auf der Basis von Privateigentum. Die Initiative grenzt eine kleine Minderheit erfolgreicher Menschen aus, macht sie für den Klimawandel verantwortlich und will sie dafür zur Rechenschaft ziehen. Damit wird der Spaltung der Gesellschaft vorsätzlich Vorschub geleistet.

6. Schweizer Klimapolitik greift auch ohne JUSO

Die Schweiz schreitet beim Klimaschutz längst voran. Mit dem Klima- und Innovationsgesetz hat die Stimmbevölkerung dem Netto-Null-Ziel bis 2050 zugestimmt. Das neue Stromversorgungsgesetz wird den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. In der Wirtschaft wird die Dekarbonisierung längst aktiv vorangetrieben. 70 Prozent der SMI-Unternehmen haben sich konkrete Klimaziele gesetzt oder entsprechende Commitments abgegeben, um ihren Ausstoss von Treibhausgasen in der ganzen Wertschöpfungskette bis spätestens 2050 auf Netto-Null zu senken. Auch viele KMU und Familienunternehmen leisten mit innovativen Lösungen und Investitionen ihren Beitrag. Es braucht die Juso-Initiative definitiv nicht.

Wir danken Ihnen, wenn Sie die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz und die der Zuger Unternehmen berücksichtigen und bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Zuger Wirtschaftskammer

Claudia Pittner
Geschäftsführerin

Peter Letter
Vorstandsmitglied
Verantwortlicher Politik

Adrian Risi
Vorstandsmitglied
Verantwortlicher Politik

Tabea Estermann
Vorstandsmitglied
Verantwortliche Politik